

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tbr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden anwärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London. Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen auf den „Social-Demokrat“ für das zweite Quartal 1866 bitten wir außerhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Zeitungs-Expeditoren bei Zeiten zu machen. Der Abonnements-Preis ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.)

Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle.

XVI.

(Schlußwort.)

Wir sind fertig mit Ihnen, Herr Schulze!

Aber damit in ihrer ganzen Hohlheit die Art und Weise erscheine, mit der Sie die große Frage zwischen Kapital und Arbeit behandeln, damit deutlich ersichtlich werde, wie wenig Sie auch nur wissen, oder wie unehrlich Sie zu verdecken suchen, warum es sich handelt, lassen wir nachstehend die Meinungsäußerung eines noch lebenden englischen Oekonomens aus der Bourgeoischule folgen, der sich in seinem Vaterlande sowohl wie in der europäischen Wissenschaft überhaupt hoher Anerkennung erfreut, eines Mannes, der durchaus nicht Socialist ist, der aber denken kann und Etwas gelernt hat; wir meinen John Stuart Mill.

Doch freilich! Da Sie David Ricardo nicht gelten lassen — wie könnte John Stuart Mill vor Ihnen bestehen?

Da es aber doch noch Leute in Deutschland giebt, in deren Geist die Namen wiederklingen, die von England und seiner Wissenschaft zu uns herübertröten, so komme trotz Ihnen John Stuart Mill zu Wort.

In der dritten Auflage seines Werkes: „Principles of Political Economy, with some of their Applications to Social Philosophy“ (II. 1. 3.) spricht dieser Oekonom seine Meinung über den europäischen Streit zwischen der politischen Oeconomie und der Social-Oeconomie wie folgt aus:

„Wir wissen noch zu wenig, was die individuelle Triebfeder in ihrer besten Gestalt, und was der Socialismus in seiner besten Gestalt zu leisten vermag, als daß wir im Stande wären, zu entscheiden, welche von den beiden die schließliche Form der menschlichen Gesellschaft sein wird. Wenn eine Vermuthung gewagt werden darf, so scheint die Entscheidung hauptsächlich von Einer Erwägung abzuhängen: welches der beiden Systeme nämlich mit der größten Ausdehnung der menschlichen Freiheit und Entwicklung verträglich ist. Nachdem der notwendige Lebensbedarf gesichert, ist das nächst starke menschliche Bedürfnis die Freiheit. — — — Die socialen

Einrichtungen sowie die praktische Moral würden demnach ihre Vollkommenheit erreicht haben, wenn allen Personen völlige Unabhängigkeit und Freiheit des Handelns gesichert wäre, ohne andere Beschränkung, als nur diese: Andere nicht zu beeinträchtigen. Eine Erziehungsweise oder sociale Einrichtungen, welche mit sich brächten, daß man die freie Selbstbestimmung seines Thuns und Lassens aufopfern müßte, würden einen der edelsten Jügel der menschlichen Natur auslöschen.“

„Die desfallsigen, sowie überhaupt die Einwendungen gegen den Communismus und Socialismus sind stark übertrieben worden. Es ist gar nicht notwendig, daß die Mitglieder der Association mehr zusammen leben, als sie es jetzt thun; noch auch, daß sie kontrollirt werden in Betreff der Verwendung ihres Antheils am Productionsertrage oder hinsichtlich der Vernehmung ihrer Mußezeit*, welche nothwendig beträchtlicher sein wird, wenn die Production auf wirklich nützliche Dinge beschränkt wird.**) Die einzelnen Personen brauchen nicht an eine bestimmte Beschäftigung oder Localität gebunden zu sein. Im Vergleich mit der gegenwärtigen Lage der Mehrzahl der Menschen würden die Beschränkungen des Communismus als Freiheit erscheinen. Die große Masse der Arbeiter hat in England und in den meisten andern Ländern so wenig freie Wahl bei ihrer Beschäftigung oder ihrem Aufenthalt, sie ist, praktisch genommen, so abhängig von festen Regeln und fremdem Willen, wie es nur bei irgend einem System, wirkliche Sklaverei ausgenommen, sein kann.“

Und an einer anderen Stelle:

„Wenn man wählen müßte zwischen dem Communismus mit allen seinen Chancen***) und dem jetzigen Gesellschaftszustande mit allen seinen Leiden und Ungerechtigkeiten — wenn die gesellschaftliche Einrichtung des Privateigenthums es notwendig mit sich brächte, †) daß das Ergebnis der Arbeit so sich vertheile, wie wir es jetzt sehen, fast im

*) Was die „Controle“ betrifft, so ergibt sich aus unseren Ausführungen, daß dieselbe beim socialistischen System in der Regel und als ständig auch in Betreff der Arbeit als solcher wegfallen könnte. Anders freilich im communistischen System, gegen welches jedoch in anderen Punkten der Socialismus (dies Wort im engeren Sinn genommen) erheblich zurücksteht.

**) Warum die Production sich von selbst auf „wirklich nützliche Dinge“, wie Mill (nicht ganz treffend übrigens) sich ausdrückt, beschränken würde, ist für Jeden, der unseren Ausführungen gefolgt ist, leicht erkennbar.

***) Man beachte wohl: Mill spricht noch dazu, sowohl im Vorstehenden wie im Nachfolgenden, vorzugsweise vom Communismus, also der äußersten Form des Socialismus, dem Entseztlichsten von Allem, dem König der Gräuel.

†) Allerdings bringt das Privateigenthum, wie es jetzt besteht, die oben gerügten Erscheinungen nothwendig mit sich; wie wir dies, so weit jene Erscheinungen

umgekehrten Verhältniß zum Betrage der Arbeit, — daß die größten Antheile denselben zufallen, welche überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrößten denen, deren Arbeit fast nur dem Namen nach eine solche ist, und so weiter hinab, indem die Vergütung in demselben Verhältnisse abnimmt, in welchem die Schwere und Unannehmlichkeit der Arbeit zunimmt, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit nicht mit Gewißheit darauf rechnen kann, selbst nur den nothwendigsten Lebensbedarf zu erwerben; wenn, sagen wir, die Wahl nur wäre: ein fort-dauernder Zustand solcher Art oder Communismus, so würden alle Bedenlichkeiten des Communismus, große wie kleine, nur wie Spreu in der Wagschaale sein.“

„Die socialen Einrichtungen des jetzigen Europas nahmen ihren Ausgang von einer Eigenthumsvertheilung, welche nicht das Ergebnis einer gerechten Theilung oder der Aneignung durch Erwerbthätigkeit, sondern von Eroberung und Gewaltthätigkeit war“ u. s. w.

So, Herr Schulze, spricht John Stuart Mill — spricht ein Mann der Wissenschaft, und so nur, mit ernster und gewissenhafter Würdigung dessen, was die Vertreter der Arbeit und ihres Rechtes vorbringen, hat man zu sprechen von der großen, von der ungeheueren Frage des Jahrhunderts.

Sie aber, in Ihrer maßlosen Hohlheit, wagen es, Lassalle gegenüber von „Albernheit“ und „Ueberflugsheit“ zu reden; mehr noch: Sie wagen es, von der Tribüne der Berliner „Alhambra“ herab in's Land hinaus zu rufen, „alle Socialisten gehörten in's Narrenhaus.“ Taub für den Aufschrei des industriellen Glends wagen Sie es, so zu thun, als handle es sich nicht um Dinge, die großartig durch das ganze Cultur-Europa in den Verhältnissen liegen, sondern um die Einfälle und Grillen Einzelner. Vergleichen Sie hiermit die ernsten, gewichtigen Worte des englischen Oekonomens und Sie werden selbst zu ahnen beginnen, wie Recht Lassalle hatte, als er Sie und Ihre Genossen als die „Hanswürsten im Drama der heutigen Nationalökonomie“ bezeichnete.

Ihnen gegenüber sollte man sich waffnen mit dem ganzen Stolge, den die Wissenschaft und das Bewußtsein einer guten Sache geben; und fürwahr, nicht um Ihrethun geschah diese eingehende Antwort; sie geschah, um an das Gewissen jener mächtigen Klasse zu schlagen, deren Sendbote Sie sind.

Auf Seite der arbeitenden Klasse steht der Gedanke und steht das Recht.

in den Kreis unserer Besprechung gehörten, nachgewiesen zu haben glauben. Diese Erscheinungen würden nur dann nicht mehr notwendig sein, wenn man wesentliche Elemente des Privat-Eigenthums wie es jetzt ist, abschaffte; dies aber würde nur ein anderer Ausdruck für socialistische Reform sein.

Bei den herrschenden Klassen ist die Unterdrückung des Gedankens und ist die Macht.

Aber es wird nicht immer so sein; mit eiserner Nothwendigkeit werden die Geister sich vollziehen.

Kommen wird der große Tag, da trotz Milliarden blinkender Thaler, trotz Millionen blinkender Bانونette, die Häute des europäischen Proletariats Plag schaffen werden für den neuen Gedanken und für die organisatorische Kraft des menschlichen Geistes! —

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 17. März. [Zur Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] will die „Börse-Ztg.“ aus zuverlässigster Quelle erfahren haben, daß im hiesigen Kriegsministerium gegenwärtig Vorbereitungen zur kriegsmäßigen Armirung der schlesischen Festungen getroffen werden. In Wien werden nach den Berichten von dort, die Soldaten der Marine einberufen und haben die Officiere der Marine Ordre erhalten, an ihre Stationen abzugehen. Doch sollen, nach officiösen Behauptungen diese Rüstungen mehr Italien gelten, gegen das man fortwährend mißtrauisch ist.

Nach telegraphischen Nachrichten soll der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Clarendon, eine Note nach Berlin gerichtet haben, in welcher er der preussischen Regierung die schwere Verantwortlichkeit zu bedenken giebt, welche sie durch eine von ihr etwa herbeizuführende Störung des europäischen Friedens auf sich laden würde.

[Die provisorische Hochverrathsverordnung für Schleswig], über welche sehr viel zu sagen wäre, entzieht sich, für ein in Preußen erscheinendes Blatt, einer gründlichen Kritik, aus dem Umstande, daß, in Ermangelung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, von Seiten der Staatsanwaltschaft möglichst in einer solchen Kritik eine „Ehrfürchtverletzung gegen den König“ erblickt werden könnte, da es unentschieden ist, ob die Person des „Königs von Preußen“ mit der des „souveränen Herzogs von Schleswig-Holstein“ (nach der officiösen Bezeichnung des preussischen Ministerpräsidenten) als identisch betrachtet werden kann, eine Ehrfürchtverletzung, begangen von einem preussischen Staatsbürger gegen den Souverän eines auswärtigen Staates aber nach preussischen Gesetzen nicht strafbar wäre, während sie gegenüber dem König von Preußen mit schwerer Strafe bedroht ist. Es wäre daher eine Entscheidung der bezeichneten Streitfrage durch die preussischen Gerichte sehr wünschenswert. Zur juristischen Beurteilung der Sachlage jedoch dürfte, als hauptsächlich in Betracht kommend, der politische Rechtsgrund und das Factum anzusehen sein, daß die Verwaltung eines Landes die gesetzgebende Gewalt ausschließt, welche mit der vollen Regierungsgewalt und dem vollen Besitz des Landes verknüpft ist, sowie daß für die Erbherzogthümer kraft des Gasteiner Vertrages Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich die Regierungsgewalt ausüben, Preußen also nur in Beziehung auf die Verwaltung Schleswig's Selbstständigkeit besitzt.

Sieben wird in dieser Angelegenheit aus Wien telegraphirt: Die „Debatte“ meldet, daß Seitens der Westmächte eine Kundgebung gegen die neueste Verordnung für Schleswig, betreffend die Bestrafung feindlicher Handlungen gegen die souveräne Gewalt in den Herzogthümern zu erwarten sei, da in der genannten Verordnung der provisorische Charakter der Dinge in Schleswig-Holstein geradezu negirt werde.

[Die „Nordd. Allg. Ztg.“ von 1862 und von heute, in Beziehung auf die deutsche Frage.] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte sich vor ein paar Tagen gerühmt, schon im Jahre 1862, als sie, wie sie sich ausdrückt, von ihren Collegen noch geringschäßig behandelt wurde, in der deutschen Frage genau dieselben Ansichten ausgesprochen zu haben, wie heute. Die „Volkstz.“ gibt nun heute eine recht interessante Blumenlese von den damaligen Aussprüchen der „Nordd. Allg. Ztg.“, wovon wir in nächstem unierer Lesern Mittheilung machen wollen.

Man wird sich erinnern, daß auch im Anfange des Jahres 1862 anlässlich des kurhessischen Handels die deutsche Frage an die Tagesordnung kam. Damals schrieb die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Daher giebt es nur drei Wege, welche zur Bildung einer deutschen Centralgewalt führen:

Die freie Vereinbarung der Fürsten untereinander. Das System, welches Viktor Emanuel in Italien angewendet hat.

Die Revolution, welche erst mit dem Rivolliren beginnt und dann eine Centralgewalt „par la volonté du peuple“ (durch den Willen des Volkes) aufrichtet.

Ueber die Niederlage der preussischen Politik von 1850 sagte sie:

Die Niederlage einer solchen Politik war vorherzusehen. Das Berliner Cabinet konnte zur Unterstützung derselben allerdings auf sein Heer zählen, aber nicht auf das Land.

Sodann die Schwierigkeiten einer Lösung der deutschen Frage untersuchend, fuhr sie fragend fort:

In wie weit ist man der Sympathien des preussischen Volkes versichert, um die Consequenzen eines Krieges mit jenen deutschen Regierungen anzunehmen, welche die Bundesgewalt in ihrer gegenwärtigen Gestalt repräsentiren?

Und ferner: Aber nachdem man die Hülfquellen im eigenen Lande gezählt, würde es eben so nothwendig sein, die auswärtigen Freunde zu zählen. Es würde darauf ankommen, zu ermitteln, in wie weit die Sympathien draußen im deutschen Lande nachhaltig und ausdauernd genug sind, eine feste Stütze der preussischen Politik abzugeben, und in wie weit überhaupt Preußen dieselben benutzen kann, ohne sich in eine abentheuerliche Politik einzulassen, die ihre Ziele aus den Augen verliert, und gegen welche dann die gleichen Waffen sich richten, die man für Andere geschärft glaubte.

In einem weiteren Artikel über die gleiche Frage las man:

Eine Annexionspolitik nach Viktor Emanuel's Beispiel würde, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, wo

selbst in dem kleinsten Fürstenthume eine Expedition à la Garibaldi auf andere Schwierigkeiten als in Neapel stoßen würde, eine solche Politik, sagen wir, würde stets den Bürgerkrieg zur Folge haben. Ganz abgesehen von der Unstiftlichkeit des Mittels, welches die Reibenden der Absichten in ein sehr fragliches Licht stellen würde, ist aber noch gar nicht ausgemacht, daß Preußen aus diesem Bürgerkriege siegreich hervorgehen würde.

Sodann in demselben Artikel: Um sich Anhänger im Volke zu verschaffen, müßte man den zu anstrebenden Volkswünschen auch einige andere Konzessionen auf dem Gebiete der Freiheit versprechen, und da — wenn wir ehrlich gegen uns selbst sein wollen — bereits in einzelnen deutschen Staaten dem Volke ein größeres Maß von Freiheit zugemessen ist, als bei uns, so würde die Regierung genöthigt sein, in ihren Versprechungen ein gutes Theil über die jetzt bestehenden Grenzen der Volkswünsche hinauszugehen. — Das wäre uns — in Preußen besonders — schon ganz recht. —

Und zum Schluß sprach sie sich über die Annexionspolitik wie folgt aus:

Die Armee ist dann noch die einzige Stütze einer solchen Regierung. Aber in dieser Armee fehlt das doppelte Band der angehängten Anhänglichkeit für das Fürstenthum und das der unbedingten Hingebung an die Fahne. Auch diese Armee verlangt ihr Jagdrecht an der gemachten Preute, aber sie ist nicht zufriedengestellt mit der ihr nach vollbrachter Jagd hingeworfenen Curée, sie verlangt fort und fort ihr Recht, und in dem Augenblick, wo es unmöglich ist, ihr unerfüllliches Verlangen zu befriedigen, wendet sie sich in Militärverschwörungen einem Prätexten zu, oder sie macht gemeinschaftliche Sache mit dem revolutionären Volke, um einen ehrgeizigen General auf den Schild zu heben. Dies ist die unabweisliche Folge eines jeden Annexionsystems, und aus diesen Gründen können wir uns nicht für dasselbe begeistern.

In der That läßt ein Vergleich der Meinungsäußerungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ von damals mit denen von heute die gerühmte Consequenz in keinem sonderlich glänzenden Lichte erscheinen.

[Zur Triäsele] bringt die Augsburger „Allgem. Zeitg.“ einen Artikel über die Aufgabe Bayerns. Das Blatt schreibt:

Bayerns Aufgabe ist: Bildung eines engen Bundesstaats der Mittel- und Kleinstaaten, geeignet sofort mit den Großstaaten oder einem derselben in einen Staatenbund zu treten geeignet aber auch mit der Zeit sich mit denselben oder einem derselben zu einem Bundesstaat zu vereinen. Diese Aufgabe zu erfüllen hat Bayern die Macht. Es müßte sie ergreifen mit offenem Bist, mit Aufhebung jedes Verjährungsgebodens, mit Annahme des fast von allen mittel- und kleinsten Volksvertretungen seit Jahren ausgesprochenen, tief im Volke wurzelnden Verlangens eines deutschen Parlaments. Der Mittel- und Kleinstaaten, welche es wagen könnten, einem solchen Aufruf nicht zu folgen, werden wenige sein und diese entbehrt werden können.

Wir können durchaus nichts Verlockendes in diesem Vorschlage entdecken. Vielleicht kommen wir darauf zurück.

[Preussische Press-Schicksale.] Verurtheilt wurde gestern vor hiesiger Pressdeputation: der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Richter, wegen Majestätsbeleidigung, die in einem Artikel über den bei der Vermählung der Prinzessin Alexandrine stattgefundenen Fackelzug begangen worden sein soll, zu zwei Monaten Gefängniß. — Aus gleichem Anlaß dieser Vermählungs-

Jeuilleton.

Arbeiter-Schule.

Von Gustav A.

3. Geschichte der (constituirenden, französischen) Nationalversammlung.

b) Von dem Geburtstage der Revolution bis zum Code Mirabeau's.

Der König wagte es nicht, als man ihm die lächerliche Herausforderung Mirabeau's mittheilte, von der „Gewalt der Bajonette“ Gebrauch zu machen; da er überzeugt war, daß das Volk eine solche Beschimpfung seiner Vertreter nimmermehr dulden, vielmehr blutig rächen würde. So hatte denn die Nationalversammlung in verhältnißmäßig kurzer Zeit mehr erreicht, als sie bei Beginn ihrer Verhandlungen hoffen durfte, denn ihr war unter Duldung der bereits beschriebenen Vorgänge wenn auch nicht die rechtliche, so doch die thatsächliche Herrschaft Frankreichs übertragen, selbst die königlichen Truppen gehorchten zum größten Theil nur ihren Befehlen.

Das Geheimniß dieser glänzenden Erfolge ist in Laffalle's Worten enthalten: „Die französischen Nationalversammlungen des vorigen Jahrhunderts vereinigten in sich allen Geist und alles Genie Frankreichs, es gab damals in Frankreich nicht einen einzigen Gedanken, welcher über die von diesen Versammlungen erstrebten Ziele hinausgegangen wäre. Sie waren der lebendig gewordene Geist ihrer Zeit und ihres Landes, und daher die Macht, mit welcher sie über dasselbe verfielen, daher die Begeisterung, mit der sie dasselbe erfüllten.“ Unter solchen Umständen mußten natürlich alle Privatinteressen des Einzelnen sowohl, als auch der einzelnen Klasse im Keime erstirbt werden, um so mehr, als das Kapital durchaus noch nicht ganz vollständig von seiner Gebundenheit befreit war, jenes also noch nicht an Stelle der letzteren statt der wahren Freiheit rohe, noch deut zum Fluche des Arbeiterstandes fortbestehende Willkür einführen und seine Interessen gegen den vierten Stand geltend machen konnte, weshalb also auf die Hülfe desselben noch immer rechnen durfte.

Mirabeau scheint dies alles mit prophetischem Blicke vorausgesehen zu haben, denn er, der freiestrebende Mann suchte schon bei Zeiten den Uebergriffen der Nationalversammlung einen Damm entgegenzusetzen.

Noch vor Constituirung derselben sagte er, als die

Gemeinen sich zu diesem verhängnißvollen Schritt entschließen wollten: Ein so wichtiger, so neuer, so tiefentscheidender Schritt wie der, uns für die Nationalversammlung zu erklären, die anderen Stände, als nicht erschienen, auszuschließen, ein solcher Schritt kann nicht reichlich genug erwogen und ermesst werden. Ja, so berühren sich die Extreme, er fand gegen den „Einbruch der Demokratie“ keinen anderen Schutz, als den Anschluß an das Königthum seinerseits. Doch dem Hofe war es unmöglich, diesen genialen Mann zu verstehen, seine Vorschläge zu würdigen.

Man fürchtete dort seine Talente allerdings und unterschätzte seinen Einfluß auf die Beschlüsse der Nationalversammlung keineswegs und dennoch glaubte Necker, so wenig die Motive Mirabeau's, die den großen Mann zu diesem scheinend verrätherischen Schritt vermocht hatten, abwendet, dennoch glaubte er sich seines Verstandes durch Bestechung zu versichern.

Aber Mirabeau durchschaute sofort den Sinn der Necker'schen Worte, zornig empfahl er sich und sagte nachher zu einem Anhänger Necker's: Caer Mann ist ein Gimpel, er soll mich kennen lernen.

Und man lernte ihn kennen, denn unmittelbar darauf constituirte sich die Nationalversammlung, welcher aus